

Dem Rechtspopulismus der AfD entgegenzutreten – Mit Klarheit und Mut für eine solidarische Gesellschaft!

Positionspapier der ostdeutschen Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wer ist die AfD?

Die Partei „Alternative für Deutschland“ wurde im Zuge der Euro-Krise 2013 gegründet und zog in der Folge ins Europaparlament und im Jahr 2014 in mehrere Länderparlamente ein, (Thüringen 10,6 Prozent, Sachsen 9,7 Prozent, Brandenburg 12,2 Prozent). Den Einzug in den Bundestag verfehlte sie knapp mit 4,7 Prozent.

Bei den diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erzielte die Partei deutlich zweistellige Ergebnisse (Sachsen-Anhalt 24,2 Prozent; Baden-Württemberg: 15,1 Prozent; Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent). Dabei ist bemerkenswert, dass sie in Sachsen-Anhalt ein deutlich höheres Ergebnis erzielte als in den westdeutschen Bundesländern.

Aus den hohen Zusprüchen für die AfD in den Ost-Bundesländern ergibt sich für uns Bündnisgrüne in den ostdeutschen Parlamenten eine besondere Situation und Herausforderung. Nicht nur, dass die AfD die Bildung von Koalitionen deutlich erschwert und die Parteienlandschaft zumindest für den Moment verschiebt. Hinzu kommt, dass sie in mehreren neu gewählten Landtagen die Rolle der stärksten Oppositionsfraktion innehaben wird.

Nachdem die AfD vorrangig als rechtspopulistische Anti-Euro-Partei startete, löste Frauke Petry im Sommer 2015 mit der Unterstützung des rechten Flügels der Partei Bernd Lucke ab, was zu einer Spaltung der Partei führte. Seitdem ist eine deutliche Radikalisierung wahrnehmbar. Die AfD hat sich hin zu einer völkisch-nationalen und wohlstandschauvinistischen Gesamtpartei bewegt. Dabei gibt es im Ost-West-Vergleich jedoch Unterschiede im Auftreten. Die AfD agiert offenkundig mit einer Doppelstrategie. Während die Partei in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz versucht, im rechtskonservativen Lager Stimmen zu sammeln, sind in den ostdeutschen Bundesländern, nicht zuletzt wegen ihrer Führungsfiguren, deutlich radikalere Töne zu hören. Björn Höcke, Frauke Petry, Alexander Gauland und André Poggenburg positionieren sich deutlich als völkisch-nationale Politikerinnen und Politiker, die ihre Lösungsansätze im Kern auf die identitäre Homogenität der Deutschen fokussieren und dies als vermeintliche Lösung einer komplexen gesellschaftlichen Problemlage präsentieren. Politische Kernforderungen der AfD lauten in diesem Kontext: Konzentration auf das „eigene Volk“, Abkehr von der Europäischen Union, Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität und Bewahrung vermeintlich einheitlicher kultureller Gegebenheiten der Bundesrepublik und des „Volkes“. Dabei positioniert sich die AfD deutlich als Anti-Einwanderungs-Partei.

Doch es wäre fatal, die Partei nur als reine Anti-Einwanderungspartei zu verstehen und darauf zu hoffen, dass sie mit Bewältigung der großen Fluchtbewegungen wieder vom Boden der deutschen Parteienlandschaft verschwindet. Stattdessen holt Deutschland nur eine in anderen Ländern Europas bereits vollzogene Entwicklung nach. Dabei zeigt sich die AfD in ihrer bisherigen Historie thematisch deutlich variabel. Nach dem ersten Aufstieg durch die populistische Thematisierung der Euro-Krise hat

sich mit der Flüchtlingsdebatte ein neuerliches Politikfeld ergeben, auf dem die AfD polemisiert und vereinfacht. Anzunehmen ist, dass die AfD auch im Falle einer deutlichen Entschärfung der Flüchtlingsbewegungen innerhalb Europas und insbesondere in Deutschland ein neues „Aufregerthema“ finden wird, mit dem sie Aufmerksamkeit erzeugen kann. Dabei setzt sie vor allem auf das Besetzen von Konfliktthemen in Krisensituationen. Gerade deshalb gilt es, sich differenziert mit den Positionen der AfD auseinanderzusetzen, sie inhaltlich zu stellen und überall dort, wo sie unterkomplex agiert und nicht an Lösungen interessiert ist, zu entlarven.

Spätestens seit der von Björn Höcke und André Poggenburg initiierten „Erfurter Resolution“ ist die Ausrichtung der AfD auf eine bewegungsförmige Partei im rechten Spektrum deutlich geworden. Die anfänglichen Distanzierungen zu Pegida und Co. werden in der „Erfurter Resolution“ als Fehler gekennzeichnet. Insbesondere die Landesverbände Thüringen (Höcke) und Sachsen-Anhalt (Poggenburg) sind durch völkisch-nationalistische Merkmale einer bewegungsförmigen rechten Partei gekennzeichnet.

Die AfD ist der Gegenpol zu grünen Vorstellungen von Pluralismus, Europa und einer vielfältigen Gesellschaft

Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine offene, demokratische Gesellschaft ein, in der die Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Elternhaus die gleichen Chancen bekommen und ohne Diskriminierung leben können. Die AfD hingegen zeichnet ein Bild des vermeintlichen Volkskörpers, den es zu schützen gilt. Dabei vereint sie unter ihrem Dach Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, Antifeministinnen und Antifeministen sowie Vordenkerinnen und Vordenker der neuen Rechten in Deutschland. Die Distanzierung zu Akteurinnen und Akteuren aus der extrem rechten Szene, die teilweise an Kundgebungen und Demonstrationen der AfD teilnehmen, erfolgt halbherzig bis gar nicht. Auch wenn die AfD zurzeit vor allem mit einer klaren Anti-Asyl- und Anti-Migrationspolitik auftritt, geht es ihr um mehr als eine radikale Wende in diesem Politikfeld. Die AfD hat, wie der kürzlich öffentlich gewordene AfD-Grundsatzprogrammmentwurf zeigt, gänzlich andere Vorstellungen von Gesellschaft und Staat, die unserem Entwurf eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats zuwiderlaufen.

Die Frage, warum so viele Menschen die AfD gewählt haben, ist nicht einfach zu beantworten. Zum einen wissen wir seit mehreren Jahren, dass es einen harten Kern von reaktionären, rechtspopulistischen und rassistisch eingestellten Menschen in Deutschland gibt, deren Weltbild durch die AfD und ihre Funktionäre geäußert und vertreten wird. Zum anderen zeigen bspw. die Heitmeyer-Studien zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, die Abstiegsängste und Wut auf die politischen Verhältnisse oder die Parteien verspüren. Diese Ängste nutzen die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten gezielt und lenken sie auf Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten, Musliminnen und Muslime.

Die AfD inszeniert sich gern als sogenannte „Partei des kleinen Mannes“ und bedient dabei die Vorbehalte gegen „die da oben“. Erschreckend ist, dass sie trotz marktradikaler Positionen (Privatisierung von Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung nur gegen erzwungene „Bürgerarbeit“

etc.) bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Arbeitslosen bspw. in Sachsen-Anhalt einen Zuspruch von 37 Prozent erhält.

Als Grüne in den ostdeutschen Bundesländern müssen wir uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass dieses Agieren der AfD im Osten besondere Früchte trägt. Scheinbar gibt es eine besondere Anfälligkeit einiger Menschen in Ostdeutschland, was auch wissenschaftliche Untersuchungen nahe legen (siehe Fazit des „Thüringen-Monitors 2015“ zur Ostdeprivation). Hinzu kommt wenig Erfahrung mit Migration und einer vielfältigen Gesellschaft in den ostdeutschen Flächenländern.

Auch, wenn immer wieder klarzustellen ist, dass ein Großteil unserer Gesellschaft die Veränderungen hin zu einer liberalen und offenen Gemeinschaft mitträgt, trifft die AfD mit ihrem Ruf nach nationalstaatlichen und völkischen Lösungen auf einen nicht unerheblichen Resonanzboden, indem sie unterschiedliche reaktionäre, rassistische und in Teilen verunsicherte Gruppen in unserer Gesellschaft mit ihren politischen Botschaften gezielt adressiert und damit nun bundesweit in acht Landesparlamenten sitzt.

Wir müssen auch selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Strategien zum Umgang mit der AfD nicht erfolgreich waren. Weder konnte die Übernahme von AfD-Forderungen, wie durch Teile von SPD und CDU praktiziert, noch ihre Dämonisierung als eine Art NPD-light greifen.

Die AfD geriert sich als Opfer des Establishments, der Medien und der „Altparteien“

Die AfD hat in den letzten Monaten einen doppelten Opfermythos aufgebaut. Dabei inszeniert sie sich zum einen als Opfer der Medien und zum anderen als Opfer der etablierten Parteien. Diesem Denkmuster folgend, bezeichnet sich die AfD selbst als Anti-Establishment-Partei sowie als „Partei des gesunden Menschenverstandes“. Diesem Opfermythos sollte nicht das Wort geredet werden, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich Ausgrenzung und Tabuisierung als politische Handlungsstrategie bezogen auf die AfD nicht bewährt haben. Insofern setzen wir Grüne unsere klaren Standpunkte und Lösungen gegen die AfD und vertreten diese offen in Diskussionen.

Die AfD und ihre Funktionäre arbeiten mit gezielten Provokationen und verschieben damit sukzessiv den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts. Hektische Empörung hilft hier nur sehr eingeschränkt als Gegenstrategie. Vielmehr müssen insbesondere wir Bündnisgrüne auf die Radikalität der Forderungen hinweisen. Doch dabei darf es nicht bleiben. Die Diskussion muss auch von uns immer wieder zurück auf die Sach- und Inhaltsebene geführt werden, indem wir unmissverständlich Stellung beziehen, sowohl in der Flüchtlingspolitik als auch in Fragen der Gleichstellung, des vielfältigen und toleranten Zusammenlebens und bei den Forderungen nach einem solidarischen Europa.

Die AfD geriert sich als „Volksstimme“ und es liegt an allen Demokratinnen und Demokraten, deutlich zu zeigen, dass ihre Positionen nicht mehrheitsfähig sind. Dazu gehört es auch, der AfD im politischen Diskurs nicht das Feld zu überlassen. Den Platz zu räumen und die AfD im Diskurs nicht zu stellen, ist der falsche Ansatz. Wir lassen uns die politische Agenda nicht von der AfD diktieren und werden die Diskussion dort führen, wo immer wir es für nötig erachten.

Demokratie braucht Debatte

Unsere Demokratie lebt von der Auseinandersetzung und dem argumentativen Streit in der Sache. Meinungs Austausch und Meinungsbildungsprozesse sind ein enormes Gut demokratischer Gesellschaften. Wir werden diesen wichtigen gesellschaftlichen Baustein nicht von der Demagogie der AfD zerstören lassen. Es gilt daher, klare Grenzen zu ziehen. Wer sich bspw. rassistisch oder sexistisch äußert, verlässt klar den liberalen Ansatz eines demokratischen Diskurses und muss dies auch deutlich gesagt und gezeigt bekommen.

Rassistische und völkische Initiativen lehnen wir ab und leisten im Rahmen des parlamentarisch möglichen maximalen Widerstand. Allerdings werden wir Populismus nicht mit Populismus bekämpfen. Wir sind von der Kraft des Meinungsstreites überzeugt und setzen unsere Argumente gegen die populistische Rhetorik der AfD. Ziel unserer Auseinandersetzung muss es sein, differenziert und den komplexen Problemlagen angemessen nach Lösungen zu suchen. Das braucht Zeit und Raum, den wir uns als Bündnisgrüne nehmen müssen!

Wir Grüne sind es auf allen politischen Ebenen gewohnt, ausdauernd und sachlich Kritik zu üben und beharrlich auf Missstände hinzuweisen. Wir ersetzen Lösungen dabei nicht durch einfache Parolen. Diesen kritisch-konstruktiven Blick auf die Gesellschaft sollten wir beibehalten – auch wenn wir in Regierungsverantwortung stehen. Kritik an einzelnen Institutionen bspw. der Europäischen Union ist wichtig und richtig. Wir werden uns diesen differenzierten Blick nicht durch den Missbrauch und die populistische Kritik von AfD und Co. nehmen lassen.

Als Grüne erkennbar und unterscheidbar sein

Die scheinbare Alternativlosigkeit der Großen Koalition auf Bundesebene ist ein Problem und gibt vielen Menschen das Gefühl, einen „politischen Einheitsbrei“ serviert zu bekommen.

Dass es jedoch deutlich unterschiedliche Lösungsvorschläge für unterschiedliche Probleme gibt und dass Parteien aus unterschiedlichen Spektren unterschiedliche Auffassungen haben, scheint eine Binsenweisheit. Die AfD erreicht mit ihrer Polemik von der sogenannten „deutschen Einheitspartei“, in der von Schwarz bis Grün kein Unterschied bestünde, große Zustimmung bei vielen Menschen gerade in Ostdeutschland. Uns Grünen geht es daher darum, unsere klare Haltung immer deutlich zu vermitteln:

- Wir geben demokratische, sozial-gerechte und ökologische Antworten auf die aktuell anstehenden Fragen.
- Wir stehen für die Bekämpfung von Armut, soziale Teilhabe und gegen das Ausspielen von bedürftigen Gruppen.
- Wir stehen für die Energiewende und gegen die Absicherung des Geschäftsmodells der großen Energiekonzerne mit Kohle und Atom.

- Wir gehen effektiv gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft vor, indem wir konsequent für eine solidarische Gesellschaft eintreten.
- Wir stehen für ein offenes und vielfältiges Europa mit starken demokratischen Institutionen und gegen Abschottung und Rückkehr zum nationalstaatlichen Denken.
- Wir stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft sowie die Gleichberechtigung aller Geschlechter. Dazu gehört auch die Freiheit unterschiedlichster Lebensmodelle.
- Dies macht unsere Politik aus, egal ob wir in Regierungsverantwortung stehen oder unsere Arbeit in der Opposition machen.

Die Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den neuen Bundesländern und im Abgeordnetenhaus von Berlin:

Antje Kapek
Fraktionsvorsitzende Berlin

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender Brandenburg

Johann-Georg Jaeger
Parlamentarischer Geschäftsführer
Mecklenburg-Vorpommern

Volkmar Zschocke
Fraktionsvorsitzender Sachsen

Dr. Claudia Dalbert
Fraktionsvorsitzende Sachsen-Anhalt

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender Thüringen

Erfurt, 12. April 2016